

# **(Ex-)Partnerschaftsgewalt – Fortbildung als entscheidender präventiver Baustein**

*Kim M. Zibulski und Vanessa Uttenweiler*

## **Gliederung**

- |   |                           |
|---|---------------------------|
| 1. Einleitung   | 3.1 Entwicklung           |
| 2. Bundesweite Befragung von Sachbearbeiter:innen für (Ex-)Partnerschaftsgewalt | 3.2 Inhalte               |
| 2.1 Methoden  | 4. Evaluation & Anpassung |
| 2.2 Ergebnisse  | 4.1 Feedback              |
| 3. Schulungskonzept   | 4.2 Anpassungen           |
|   | 4.3 Herausforderungen     |

## **1. Einleitung**

Die Zahlen für Intimpartner:innengewalt steigen seit Jahren an. Ca. 16 % der durch die polizeiliche Kriminalstatistik erfassten Opfer sind Opfer von (Ex-)Partnerschaftsgewalt. 179 Personen starben im vergangenen Jahr in Folge dessen.<sup>1</sup> Die sogenannte Istanbul-Konvention, welche 2017 auch von Deutschland ratifiziert wurde, verpflichtet die deutschen Strafverfolgungsbehörden gesetzlich dazu, eine standardisierte Gefährdungsanalyse und ein Gefahrenmanagement bei allen Fällen von (Ex-)Partnerschaftsgewalt durchzuführen. Dadurch soll die Wiederholung wie auch die Eskalation von Gewalt in (Ex-)Partnerschaften verhindert und den Betroffenen eine angemessene Unterstützung zuteilwerden.<sup>2</sup> Die Umsetzung dieser Vorgaben gestaltet sich laut der Auswertung der *GREVIO*<sup>3</sup> jedoch unzureichend. So gibt es kein bundesweites, einheitliches Vorgehen in der polizeilichen Fallbearbeitung und das Angebot an Unterstützungseinrichtungen für Betroffene variiert je nach Region und Zielgruppe stark. In Teilen Deutschlands, vor allem in Ballungs-

---

<sup>1</sup> *Bundeskriminalamt* (2024), S. 13 ff.

<sup>2</sup> *Council of Europe* (2011), S. 21.

<sup>3</sup> (2022), S. 7.

gebieten, gibt es ausreichend und differenzierte Unterstützungsangebote, jedoch mangelt es bundesweit an umsetzbaren und praxisnahen Standards für die polizeiliche Sachbearbeitung. Für eine flächendeckende Umsetzung der Istanbul-Konvention braucht es daher noch einige Anpassungen.

Das Entsetzen von Politik und Gesellschaft ist nach den jährlich erscheinenden Fallzahlen groß. Trotz der gesellschaftlichen und politisch größer werdenden Aufmerksamkeit, kann seit Jahren kein Rückgang der Gewaltdelikte in diesem Phänomenbereich verzeichnet werden.<sup>4</sup> Gewalt zwischen (ehemaligen) Intimpartner:innen ist ein komplexes Phänomen, das nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet und bekämpft werden kann. Dabei spielen verschiedene Akteur:innen wie auch politische und institutionelle Gegebenheiten eine wichtige Rolle. So benötigen Akteur:innen wie beispielsweise Frauenhäuser oder Opferberatungsstellen, aber auch die Polizei ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen, um ihrer Verantwortung nachkommen zu können.<sup>5</sup> Darüber hinaus ist auch eine barrierearme Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteur:innen maßgeblich für ein erfolgreiches Gefahrenmanagement.<sup>6</sup> Ebenso braucht es konkrete und verbindliche politische Vorgaben, die das interdisziplinäre Gefahrenmanagement regeln und in der Praxis gewinnbringend umgesetzt werden können, aber auch institutionelle Rahmenbedingungen, die den Vorgaben und den jeweiligen Aufgaben der Akteur:innen gerecht werden.<sup>7</sup> Auch die Gesellschaft spielt eine tragende Rolle dabei, dass (Ex-)Partnerschaftsgewalt nicht mehr als Privatsache, sondern als gesamtgesellschaftliches Problem gesehen und bekämpft wird.<sup>8</sup> Als Nachbar:in, Freund:in oder Arbeitskolleg:in kann jede:r dazu beitragen, diese Thematik zu enttabuisieren und den (potenziellen) Opfern zur Seite zu stehen.

Bei diesen essentiellen Voraussetzungen ist auch die Polizei ein entscheidender Akteur in dieser multidimensionalen Aufgabe.<sup>9</sup> In diesem Themenbereich muss daher neben personellen und organisatorischen Voraussetzungen auch umfangreiches und fundiertes Fachwissen bei den polizeilichen Akteur:innen vorliegen.<sup>10</sup> Denn eine umfangreiche und standardisierte Gefährdungsanalyse

---

<sup>4</sup> *Bundeskriminalamt* (2024), S. 13.

<sup>5</sup> *Council of Europe* (2011), S. 7; *Uttenweiler/Zibulski* (2023), S. 2.

<sup>6</sup> *Derks/Frießnegg* (2022), S. 15.

<sup>7</sup> *Council of Europe* (2011), S. 7.

<sup>8</sup> *Council of Europe* (2011), S. 7 ff.

<sup>9</sup> *GREVIO* (2022), S. 91.

<sup>10</sup> *Council of Europe* (2011), S. 10; *Greuel et al.* (2010), S. 66, 262 f.

und ein darauf aufbauendes Gefahrenmanagement sind eine komplexe Angelegenheit, bei welcher viele unterschiedliche Aspekte berücksichtigt und bewertet werden müssen.<sup>11</sup> Um dies im Sinne der gefährdeten Personen erfolgreich bewerkstelligen zu können, braucht es Fortbildungsangebote, die den Polizeibeamt:innen ermöglichen, die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erlangen und anwenden zu können. Dabei gestalten sich die Anforderungen sehr unterschiedlich, abhängig davon, welche Funktion beziehungsweise Aufgabe die jeweiligen Beamt:innen innehaben. Die priorisierte Aufgabe des Streifendienstes ist die Entschärfung der akuten Gefahrenlage, während die Sachbearbeitung eine umfangreiche Untersuchung und Bewertung der Gefahrenlage durchführt. Diese Aufgaben setzen unterschiedliches Wissen und Kompetenzen voraus.

Um das gegenwärtige Vorgehen bundesweit erheben und die Bedarfe bestimmen zu können, wurde daher eine Befragung von Sachbearbeiter:innen für (Ex-)Partnerschaftsgewalt durchgeführt und darauf aufbauend ein Schulungskonzept erarbeitet und umgesetzt.

## **2. Bundesweite Befragung von Sachbearbeiter:innen für (Ex-)Partnerschaftsgewalt**

### **2.1 Methoden**

Ein Fragebogen mit 45 Hauptfragen und 35 Unterfragen wurde über die Online-Plattform Sosci Survey<sup>12</sup> bereitgestellt. Dabei wurden unter anderem Fragen zu den Themen Fortbildungen, die Arbeit bzw. das Vorgehen im Themenfeld, die Gefährdungsanalyse und Gefährdungsanalyseinstrumente, Leaking, das Gefahrenmanagement und die interdisziplinäre Zusammenarbeit gestellt. Über die Innenministerien und –senate der Länder wurde der Fragebogen an die Sachbearbeiter:innen gesteuert. Dabei wurden die Länder um eine landesspezifische Rücklaufquote entsprechend der insgesamt beschäftigten Polizeibeamt:innen gebeten.<sup>13</sup> Insgesamt nahmen 617 Personen aus 14 Bundesländern teil. Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben nicht an der Befragung

---

<sup>11</sup> Greuel (2009), S. 121.

<sup>12</sup> [www.soscisurvey.de](http://www.soscisurvey.de) [letzter Aufruf: 11.12.2024].

<sup>13</sup> Ausgehend der Zahlen in Baden-Württemberg und Bayern, wurde angenommen, dass ca. 0,59 % aller Polizeibeamt:innen im Land als Sachbearbeiter:innen im Themengebiet arbeiten. Von diesen wurde eine Antwortquote von 70 % erbeten.

teilgenommen. Die Teilnehmenden wiesen eine durchschnittliche Berufserfahrung im Themengebiet von 17,5 Jahren ( $SD = 23,8$ ) auf und waren nahezu ausschließlich Polizeibeamt:innen. Ergänzend dazu wurde eine Dokumentenanalyse von Handlungsleitfäden, Dienstanweisungen und ähnlichen Dokumenten durchgeführt, um dadurch die ministeriellen Vorgaben mit den Praxiserkenntnissen abgleichen zu können.

*Tabelle 1: Teilnehmendenzahlen pro Bundesland*

<b>Bundesland</b>	<b>Teilnehmendenzahl</b>
<b>Gesamt</b>	<b>617</b>
Baden-Württemberg	107
Bayern	129
Berlin	30
Brandenburg	29
Bremen	11
Hamburg	49
Hessen	61
Mecklenburg-Vorpommern	8
Nordrhein-Westfalen	60
Rheinland-Pfalz	41
Saarland	16
Sachsen	41
Schleswig-Holstein	27
Thüringen	8

## **2.2 Ergebnisse**

Im Hinblick auf Schulungs- und Weiterbildungsangebote zeigte sich, dass 52,8 % der Befragten ein internes Weiterbildungsangebot in den letzten fünf Jahren erhalten hatten. Ein Angebot für eine interne Einführungsschulung hatten dagegen 41,5 % erhalten. Keinerlei Angebot – weder intern noch extern – erhielten 16,9 %.

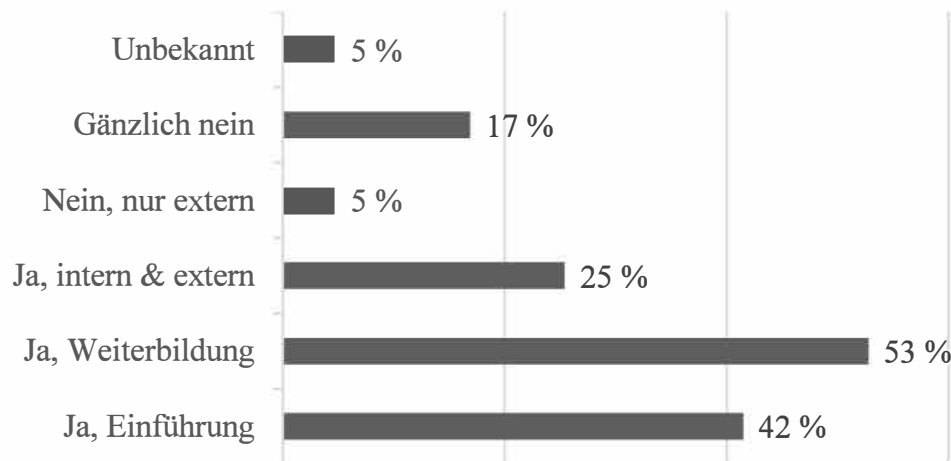


Abbildung 1: Schulungs-/Weiterbildungsangebote<sup>14</sup>

Die meisten Befragten (24,3 %) nahmen an zwei bis drei Angeboten in den letzten fünf Jahren teil. 21,7 % nahmen an einer Veranstaltung teil und ganze 14,1 % verneinten generell eine Teilnahme. Somit wurde im Durchschnitt weniger als ein Mal im Jahr eine Fortbildungsveranstaltung besucht. Dementsprechend waren über 30 % der Stichprobe im Zeitraum der letzten fünf Jahre ungeschult.<sup>15</sup> Die häufigsten Teilnahmen waren im Jahr 2022 (ca. 40 %) zu verzeichnen. Für die Jahre 2018 bis 2021 gaben jeweils ca. 20 % der Befragten eine Teilnahme an.

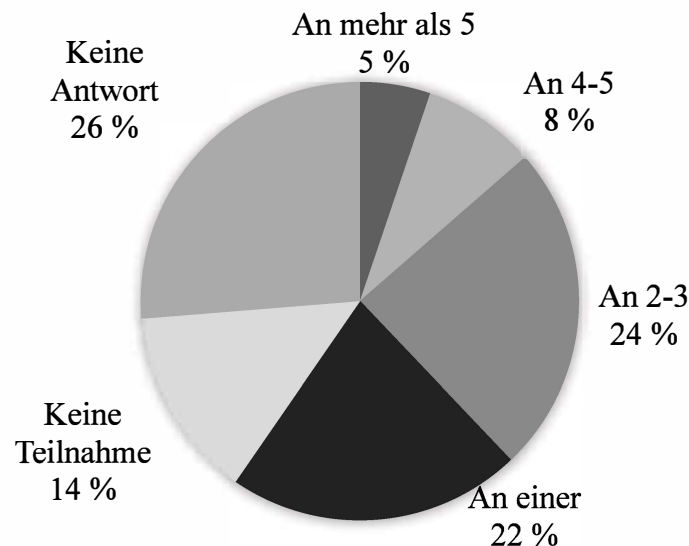


Abbildung 2: Fortbildungsteilnahme<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Mehrfachantworten waren möglich.

<sup>15</sup> Summe aus nicht erhaltenem Angebot (16,9 %) und keiner Teilnahme an einem Angebot (14,1 %).

<sup>16</sup> Antwortoption „Keine Antwort“ aufgrund eines Filters in der vorherigen Frage.

Zu den am häufigsten geschulten Inhalten zählten

- der Opferschutz (48 %),
- das Gewaltschutzgesetz (43,8 %),
- die Gefährdungsanalyse (36,6 %),
- Stalking (35,2 %) und
- kommunale Opferberatungsstellen (33,1 %).

Weiterhin wurde ein Fortbildungsbedarf von 71,6 % der Befragten geäußert. Dabei zählten zu den am häufigsten gewünschten Themen

- die Gefährdungsanalyse (40,4 %),
- kulturelle Besonderheiten (39,4 %),
- Hochrisikokonstellationen (37,8 %),
- Warnsignale und Risikofaktoren (36,3 %) und
- Tätertypologien (36 %).

Auch der Umgang mit digitaler Gewalt wurde regelmäßig genannt. Insgesamt zeigt sich anhand der Zahlen, dass sowohl das Fortbildungsangebot, wie auch die Möglichkeit zur Teilnahme und die behandelten Themen nicht ausreichend den Bedarf der Befragten abdecken und eine Optimierung zwingend erforderlich ist.

### **3. Schulungskonzept**

#### **3.1 Entwicklung**

Um diesen Bedarf zu decken, wurde ein entsprechendes Schulungskonzept erarbeitet. Dadurch sollte einerseits eine Sensibilisierung der polizeilichen Akteur:innen stattfinden und andererseits sollte umfangreiches Grundlagenwissen vermittelt und das neu entwickelte Instrument zur Beurteilung des Intimidationsrisikos geschult werden. Die Schulung wurde als Multiplikator:innenschulung konzipiert. Eine erste Durchführung fand an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg am Standort Böblingen statt.

Auf Basis der dortigen Evaluation wurden die Schulungsinhalte beziehungsweise deren zeitliche Verteilung marginal angepasst. Nach dieser Überarbeitung konnte die Schulung an zwei Terminen an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster durchgeführt werden. Die Schulungsunterlagen wurden im

Nachgang allen Teilnehmenden zur Verfügung gestellt. Sowohl die Schulungsunterlagen als auch das Instrument mit dazugehörigem Manual werden bundesweit als Open-Access-Dateien zur Verfügung gestellt.

Ausgangspunkt der Konzeptionierung war das entwickelte Instrument zur Beurteilung des Risikos eines Intimidizids<sup>17</sup> und damit einhergehend die Vermittlung von Hintergrund- und Fachwissen. Die richtige Anwendung des Instruments setzt elementares Grundlagenwissen voraus, welches laut der bundesweiten Befragung von Sachbearbeiter:innen nicht flächendeckend gegeben ist.

Anhand der Ergebnisse der Befragung sowie der Dokumentenanalyse von Rahmenvorschriften, Dienstanweisungen und ähnlichen Dokumenten ergaben sich inhaltliche Aspekte und Rahmenbedingungen für die Schulung. Aus diesen wurden die Schulungsthemen wie auch die Zielgruppen erarbeitet. Die Multiplikator:innenschulung richtet sich dabei an Expert:innen im Themenbereich (Ex-)Partnerschaftsgewalt, die im weiteren Verlauf die Inhalte an die Sachbearbeitenden ihrer jeweiligen Organisationseinheit weitergeben sollen. Für den Streifendienst wurde eine elektronische Lernanwendung entwickelt, die die Inhalte an die Aufgaben der Zielgruppe angepasst vermittelt.

### **3.2 Inhalte**

Das Schulungskonzept besteht aus zehn Einheiten unterschiedlichen Umfangs. Ergänzend wurden regelmäßige Diskussions- und Austauschphasen sowie interaktive Elemente berücksichtigt.

---

<sup>17</sup> *Rumpf et al. (2024).*

Tag 1	Tag 2	Tag 3
	Psychologisches Hintergrundwissen	
	Risikofaktoren/ Risikoanalyse	Interdisziplinäre Zusammenarbeit
	<b>Diskussion und Austausch</b>	
Projektvorstellung/ Projektergebnisse Erscheinungsformen von Gewalt	Interkulturelle Kompetenzen	Hochrisikomanagement
Gewaltfolgen		<b>Diskussion und Austausch</b>
Gewaltstrukturen	Warnsignale Trigger Leaking	<b>Evaluation und Abschluss</b>
Digitale Gewalt	Instrumentenschulung GaTe RAI	
<b>Diskussion und Austausch</b>		Praktische Erprobung

Abbildung 3: Themenübersicht

In der Einheit zu Erscheinungsformen von Gewalt wurden physische, sexuelle, psychische, ökonomische und digitale<sup>18</sup> Gewalt thematisiert. Die Einheit enthielt eine Begriffsbestimmung zu jeder Erscheinungsform, eine Reihe an beispielhaften Handlungen sowie Möglichkeiten der Beweissicherung. Dabei ging es insbesondere um die Sensibilisierung für die einzelnen Erscheinungsformen. Darüber hinaus wurde in einer zusätzlichen Einheit zu digitaler Gewalt näher auf verschiedene Formen sowie zivil- und strafrechtliche Interventionsmöglichkeiten und Empfehlungen zur „Ersten Hilfe“ bei digitaler Gewalt eingegangen.<sup>19</sup>

Im Hinblick auf mögliche Gewaltfolgen wurde zunächst auf die gesundheitlichen Folgen eingegangen. Zu diesen zählen

- psychische Folgen,
- psychosomatische Folgen,

<sup>18</sup> Krantz/Garcia-Moreno (2005); Alkan et al. (2021); Rogers et al. (2023).

<sup>19</sup> Durchgeführt von der Koordinierungsstelle zu geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt im sozialen Nahraum des Frauen helfen Frauen e. V.

- körperliche Folgen,
- gesundheitsgefährdendes Verhalten,
- sexuelle und reproduktive Folgen sowie
- tödliche und lebenslange Folgen<sup>20</sup>.

Weiterhin wurden ökonomische, soziale und gesellschaftliche<sup>21</sup> Folgen behandelt. Dabei zeigt sich auch, dass viele dieser Folgen nicht isoliert betrachtet werden können, da sie stark miteinander zusammenhängen.

Bei den Gewaltstrukturen wurden einerseits verschiedene Gewaltstrategien und andererseits unterschiedliche Gewaltmuster betrachtet. Die Gewaltstrategien sollen Erklärungsansätze liefern, mit welchem Zweck die Gewalt ausgeübt wird, während sich die Gewaltmuster auf die Art und Weise der Gewaltausübung beziehen. Zu den Gewaltstrategien zählen die Gewalt zur Kontrollausübung, zur gegenseitigen Kontrolle, als Widerstand und als Konfliktlösungsstrategie.<sup>22</sup> Bei den Gewaltmustern wurde näher auf die Coercive Control (Zwangskontrolle), den Victim-Offender-Overlap und die Gewaltspirale<sup>23</sup> eingegangen.

Die Einheit zum psychologischen Hintergrundwissen beschäftigte sich mit den Ursachen von Gewalt und Aggressionen und im Speziellen mit reaktiver und instrumenteller Gewalt.<sup>24</sup> Außerdem wurden verschiedene Erklärungsansätze für gewaltsames Verhalten betrachtet, dazu zählen die Frustrations-Aggressions-Hypothese, die operante Konditionierung, das Lernen am Modell und das General Aggression Model.<sup>25</sup> Zuletzt wurden die Zusammenhänge mit verschiedenen psychischen Erkrankungen erläutert,<sup>26</sup> darunter Depressionen, missbräuchlicher Alkoholkonsum, Persönlichkeitsstörungen, die Posttraumatische Belastungsstörung und das Battered Women Syndrome.<sup>27</sup>

Bei den interkulturellen Kompetenzen wurden zu Beginn einige Grundlagen zum Islam vorgestellt, darunter Prävalenzen, Symbolbedeutungen und das islamische Recht. Im Weiteren wurde auf die Stellung der Frau eingegangen

---

<sup>20</sup> Torenz (2022).

<sup>21</sup> Staggs/Riger (2005); Green/King (2009).

<sup>22</sup> Johnson (2006; 2008).

<sup>23</sup> Stark (2007); Hohendorf (2020); Walker (1979).

<sup>24</sup> Raine et al. (2006).

<sup>25</sup> Krahe (2007); Skinner (1963); Bandura et al. (1973); Anderson/Bushman (2002).

<sup>26</sup> Durchgeführt von einer Psychologin der Psychologischen Hochschule Berlin.

<sup>27</sup> Stith et al. (2003); Saunders et al. (2021); Spencer et al. (2019); Walker (1984; 2017).

und zuletzt auf Ehrverbrechen. Der Fokus lag dabei vor allem darauf, die Hintergründe und Wertevorstellungen zu erläutern und aufzuzeigen, wie sich diese auf unterschiedliche Weisen äußern können. So sollte insbesondere dafür sensibilisiert werden, dass das Ausleben der Kultur und Religion nicht mit Gewaltlegitimation gleichgesetzt werden kann und es ebenso Ähnlichkeiten und Kompatibilitäten zum christlichen Weltbild gibt.<sup>28</sup>

Zur Vorbereitung auf die Instrumentenschulung wurden weiterhin verschiedene Forschungsansätze zu Intimiziden vorgestellt. Der erste Ansatz war die Betrachtung einzelner ausschlaggebender Faktoren, wobei Red Flags, Risikofaktoren und situationsbedingte Faktoren genauer beleuchtet wurden.<sup>29</sup> Daneben wurden die Pfadmodelle der finalen Bankrottreaktion und des achtstufigen Modells<sup>30</sup> erläutert. Als dritter Ansatz wurden Tätertypologien thematisiert, unter anderem die Kasuistiken eines Intimizids und eine weitere Tätertypologie.<sup>31</sup>

Schwerpunkt des Konzepts ist die Schulung des Instruments zur Bewertung des Risikos eines Intimizids „GaTe RAI“.<sup>32</sup> Diese Einheit etablierte weitere theoretische Hintergründe zur Risikoeinschätzung, dem Konzept Leaking, sowie Warnsignale und Trigger. Unter Leaking sind Informationen und Verhaltensweisen zu verstehen, die eine Auseinandersetzung mit oder Planung einer eigenen Tat gegenüber anderen Personen durchsickern lassen, sodass eine Intervention möglich wäre.<sup>33</sup> Im Anschluss wurden Befunde zu Merkmalen und Inhalten von Leaking, Triggern und Warnsignalen aus der dem Instrument zugrundeliegenden Aktenauswertung vorgestellt. Zuletzt wurde der Entwicklungsprozess sowie das Instrument selbst und seine Anwendung erläutert und an verschiedenen Fallbeispielen praktisch erprobt.<sup>34</sup>

In Bezug auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit wurden Ziele, Teilnehmende und das Vorgehen in Kooperationsbündnissen vorgestellt. Außerdem wurde auf verschiedene Gelingensbedingungen für diese Kooperationen, insbesondere Voraussetzungen und Herausforderungen, eingegangen. Zuletzt wurde die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Gefährdungsmanagement

---

<sup>28</sup> Durchgeführt vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

<sup>29</sup> Charlot et al. (2023); Greuel (2009).

<sup>30</sup> Marneros (2008); Monckton Smith (2019).

<sup>31</sup> Greuel (2009); Boxall et al. (2022).

<sup>32</sup> Rumpf et al. (2024).

<sup>33</sup> In Anlehnung an Bondü (2012), S. 47.

<sup>34</sup> Durchgeführt von Psychologinnen der Deutschen Hochschule der Polizei und der Psychologischen Hochschule Berlin.

dargestellt, auch im Hinblick auf rechtliche Gegebenheiten in Baden-Württemberg.<sup>35</sup>

Bei der Schulung an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg wurde außerdem das Hochrisikomanagement in Baden-Württemberg vorgestellt. Dabei wurden insbesondere das interne Vorgehen und institutionelle Vorgänge erläutert und diskutiert.<sup>36</sup>

## 4. Evaluation & Anpassung

### 4.1 Feedback

Bei der Evaluation der ersten Schulung gaben alle Teilnehmenden an, dass sie ihr Wissen durch die Schulung erweitern und in ihrer täglichen Arbeit davon profitieren konnten. Der Themenblock zu interkulturellen Kompetenzen wurde als besonders essentiell erachtet und die Einheit konnte die Sensibilität für das Thema erhöhen. Außerdem konnte das Interesse zu digitaler Gewalt durch die Einheit abgedeckt werden. Weiterhin ergab sich durch die der Schulung zu Grunde liegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse die Notwendigkeit einer Anpassung von Speicherfristen im baden-württembergischen Vorgehen.

### 4.2 Anpassungen

Bei der Einheit zu Gewaltstrukturen zeigte sich in der Evaluation ein „Theorie-Praxis-Gap“, da die Teilnehmenden die wissenschaftlichen Erkenntnisse als zu theoretisch wahrnahmen und in dieser Form nicht für ihre Arbeit nutzen konnten und sich daher einen größeren Praxisbezug wünschten. Daher wurde die Einheit vereinfacht, umstrukturiert und ein Schwerpunkt auf überwiegend körperliche Gewalt einerseits und überwiegend psychische Gewalt andererseits gelegt. Bei der primär körperlichen Gewalt wurde die Gewaltspirale und Gewalt als Konfliktlösungsstrategie näher beleuchtet. Bei der primär psychischen Gewalt wurden Gewalt zur Kontrollausübung in Kombination mit Coercive Control (Zwangskontrolle) sowie Gewalt als Widerstand thematisiert.

---

<sup>35</sup> Durchgeführt vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg, bei der zweiten und dritten Schulung durchgeführt vom Sozialdienst katholischer Frauen, orientiert am Vorgehen in Niedersachsen.

<sup>36</sup> Durchgeführt von Polizistinnen der Koordinierungsstellen für Häusliche Gewalt der Präsidien Freiburg und Ludwigsburg.

Auch wenn die Gewalt als Widerstand meist in Form körperlicher Gewalt auftritt, resultiert sie dennoch aus einer Dynamik starker psychischer Gewalt heraus, und wurde daher dementsprechend zugeordnet. Außerdem wurde betont, dass trotz dieser Aufteilung eine eindeutige Trennung und Zuordnung in der Praxis nicht möglich ist. Ergänzend wurde der Victim-Offender-Overlap in Zusammenhang mit beiden Formen diskutiert. Zudem wurden konkrete und umfangreiche Praxisbezüge berücksichtigt.

Die Einheit zur digitalen Gewalt wurde von allen Teilnehmenden als gewinnbringend betrachtet, gleichzeitig wurde der Wunsch nach einer Vertiefung geäußert, da dieses Thema in der Praxis eine große Herausforderung darstellt, jedoch noch relativ wenig Wissen vorhanden ist. Daher sollte auf die enthaltenen Themen des Vortrags noch detaillierter eingegangen werden.

Auch bei den Einheiten zu psychologischem Hintergrundwissen und den Forschungsansätzen wurde ein „Theorie-Praxis-Gap“ zurückgemeldet und der Wunsch nach mehr Praxisbezug geäußert. Dementsprechend wurde die Einheit zu psychologischem Hintergrundwissen angepasst und der Fokus von Theorieinhalten auf Praxisbezüge verschoben. Die Forschungsansätze zu Pfadmodellen und Tätertypologien wurden gekürzt, vereinfacht und ebenfalls weitere Praxisbezüge ergänzt.

Zur Instrumentenschulung wurde der Wunsch nach mehr Übungseinheiten geäußert, sodass die Einheit ausgeweitet und zusätzliche Fallbeispiele ergänzt wurden.

### **4.3 Herausforderungen**

Insgesamt zeigte sich in der Evaluation eine deutliche Diskrepanz zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und der praktischen Arbeit. Insbesondere aufgrund fehlender Zeit- und Personalressourcen wie auch der fehlenden Bereitschaft findet eine Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen kaum/selten statt. Wissenschaftliches Hintergrundwissen wird von Praktiker:innen häufig als irrelevant empfunden, obwohl dieses zu einem größeren Verständnis sowie einer sichereren und besseren Beurteilung beitragen kann.<sup>37</sup> Dies zeigt deutlich, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zielgruppengerecht und mit einem klaren Praxisbezug vermittelt werden müssen, damit eine erfolgreiche Nutzung durch die jeweilige Zielgruppe ermöglicht werden kann.

---

<sup>37</sup> *Council of Europe* (2011), S. 61.

## Literatur

- Alkan, Ö./Özar, S./Ünver, S. (2021): Economic violence against women: A case in Turkey. PLoS ONE, S. 1-23.
- Anderson, C.A./Bushman, B.J. (2002): Media violence and the American public revisited. American Psychologist, 57, S. 448-450.
- Bandura, A. (1983). Psychological mechanisms of aggression. In R.G. Geen & E.I. Donnerstein (Eds.), Aggression: Theoretical and empirical reviews (1), S. 1-40. New York: Academic Press.
- Bondü, R. (2012): School shootings in Deutschland. Internationaler Vergleich, Warnsignale, Risikofaktoren, Entwicklungsverläufe. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Boxall, H./Doherty, L./Lawler, S./Franks, C./Bricknell, S. (2022): The "pathways to intimate partner homicide" project: Key stages and events in male-perpetrated intimate partner homicide in Australia. Australia's National Research Organisation for Women's Safety, in: [https://anrows-2019.s3.ap-southeast-2.amazonaws.com/wp-content/uploads/2020/04/04102537/Boxall-et-al\\_Pathways-to-intimate-partner-homicide.2.2.pdf](https://anrows-2019.s3.ap-southeast-2.amazonaws.com/wp-content/uploads/2020/04/04102537/Boxall-et-al_Pathways-to-intimate-partner-homicide.2.2.pdf) [letzter Aufruf: 11.12.2024].
- Bundeskriminalamt. (2024): Häusliche Gewalt. Bundeslagebild 2023 [Domestic violence. Federal situation report 2023], in: [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2023.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2023.pdf?__blob=publicationFile&v=5) [letzter Aufruf: 11.12.2024].
- Charlot, N./Joel, S./Campbell, L. (2023): The Predictive Validity of Intimate Partner Violence Warning Signs. Social Psychological and Personality Science, 27, S. 345-356.
- Council of Europe. (2011): Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence, in: <https://rm.coe.int/16806b076a> [letzter Aufruf: 11.12.2024].
- Derks, A./Frießnegg, S. (2022): Gefährdungsanalyse Häusliche Gewalt. Hochrisikofälle erkennen, Gefährderansprachen nutzen, Femizide verhindern. Kommunal- und Schul-Verlag.
- Green, J./King, A. (2009): Domestic Violence and parental divorce as predictors of best friendship qualities among college students. Journal of Divorce & Remarriage, S. 100-118.
- Greuel, L. (2009): Forschungsprojekt "Gewalteskalation in Paarbeziehungen". Institut für Polizei und Sicherheitsforschung, in: [https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Gewaltesk\\_Forschungsproj\\_lang.pdf](https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Gewaltesk_Forschungsproj_lang.pdf) [letzter Aufruf: 11.12.2024].
- Greuel, L./Giese, J./Leiding, K./Jeck, D./Kestermann, C. (2010): Evaluation von Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalteskalationen in Paarbeziehungen bis hin zu Tötungsdelikten und vergleichbaren Bedrohungsdelikten. Institut für Polizei und Sicherheitsforschung, in: [https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Gewaltesk\\_Evaluation\\_lang\\_0.pdf](https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Gewaltesk_Evaluation_lang_0.pdf) [letzter Aufruf: 11.12.2024].
- Group of experts on action against violence (GREVIO). (2022): GREVIO's (Baseline) Evaluation Report on legislative and other measures giving effect to the provisions of the Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence (Istanbul Convention), in: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/202386/3699c9bad150e4c4ff78ef54665a85c2/grevio-evaluierungsbericht-istanbul-konvention-2022-data.pdf> [letzter Aufruf: 11.12.2024].

- Hohendorf, I. (2020): Opfer, Täter oder beides? Ausmaß und Form von Beziehungsgewalt junger Menschen in Deutschland. *Forum Kriminalprävention*, S. 9-13.
- Johnson, M. (2006): Conflict und Control. Gender Symmetry and Asymmetry in Domestic Violence. *Violence against women*, 12(11), S. 1003-1018.
- Johnson, M. (2008): A typology of domestic violence: intimate terrorism, violent resistance, and situational couple violence. *Gender & Society*, S. 522-524.
- Krahé, B. (2007): Aggression. In: Ulrich, J./Stroebe, W./Hewstone, M. (Hg.): *Sozialpsychologie*. Springer-Lehrbuch. S. 265-294. Berlin: Springer.
- Krantz, G./Garcia-Moreno, C. (2005): Violence against women. *Journal of Epidemiol Community Health*, S. 818-821.
- Marneros, A. (2008): *Intimidid - Die Tötung des Intimpartners*. Stuttgart: Schattauer.
- Monckton-Smith, J. (2019): Intimate partner femicide: Using Foucauldian analysis to track an eight stage progression to homicide. *Violence Against Women*, 26 (11), S. 1267-1285.
- Raine, A./Dodge, K./Loeber, R./Gatzke-Kopp, L./Lynam, D./Reynolds, C. et al. (2006): The reactive-proactive aggression questionnaire: differential correlates of reactive and proactive aggression in adolescent boys. *Aggressive Behavior*, 32, S. 159-171.
- Rogers, M./Fisher, C./Ali, P./Allmark, P./Fontes, L. (2023): Technology-Facilitated Abuse in Intimate Relationships: A Scoping Review. *Trauma, Violence & Abuse*, S. 2210-2226.
- Rumpf, T./Horn, S./Göbel, K./Vogt, C./Aldridge, S./Görge, T./Bondü, R. (2024): *Manual GaTe-RAI. Instrument zur Bewertung des Risikos eines Intimidids*. Berlin/Münster: Psychologische Hochschule Berlin/Deutsche Hochschule der Polizei.
- Saunders, K.R.K./Landau, S./Howard, L.M./Fisher, H.L./Arseneault, L./McLeod, G.F.H./Oram, S. (2021): Past-year intimate partner violence perpetration among people with and without depression: an individual participant data (IPD) meta-mediation analysis. *Social Psychiatry And Psychiatric Epidemiology*, 58(12), S. 1735-1747.
- Skinner, B.F. (1963): Operant behavior. *American Psychologist*, 18(8), S. 503-515.
- Spencer, C./Mallory, A.B./Cafferky, B.M./Kimmes, J.G./Beck, A.R./Stith, S.M. (2019): Mental health factors and intimate partner violence perpetration and victimization: A meta-analysis. *Psychology Of Violence*, 9(1), S. 1-17.
- Staggs, S./Riger, S. (2005): Effects of Intimate Partner Violence on Low-Income Women's Health and Employment. *American Journal of Community Psychology*, S. 133-145.
- Stark, E. (2007): *Coercive control: the entrapment of women in personal life*. Oxford: University Press.
- Stith, S.M./Smith, D.B./Penn, C.E./Ward, D.B./Tritt, D. (2004): Intimate partner physical abuse perpetration and victimization risk factors: A meta-analytic review. *Aggression And Violent Behavior*, 10(1), S. 65-98.
- Torenz, R. (2022): Gewalt macht krank - Gesundheitliche Folgen häuslicher und sexualisierter Gewalt, in: <https://www.haeuslichegewalt.elearning-gewaltschutz.de> [letzter Aufruf: 11.12.2024].
- Uttenweiler, V./Zibulski, K. (2023): Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse. Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, in: <https://www.praeventions-tag.de/dokumentation.cms/5983> [letzter Aufruf: 11.12.2024].
- Walker, L. (1979): *The battered woman*. New York: Harper & Row.

*Walker, L.* (1984): *The Battered Woman syndrome*. New York: Springer Publishing Company.

*Walker, L.* (2017): *The battered woman syndrome* (4th ed.). New York: Springer Publishing Company.